

Mehr Mitspracherecht für Maintals Bürger

Stadtverordnetenversammlung: Bürgerhaushalt und Onlinekonsultation stehen zur Debatte

Maintal (mf). – Der Begriff „Bürgerchaftliches Engagement“ hat sich in den vergangenen Jahren fest etabliert. Dahinter steht der Gedanke, dass Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer Kommune mitarbeiten, aus vagen Ideen konkrete Projekte entwickeln. Der Stadtleitbild-Prozess ist in Maintal ein exponiertes Beispiel. Wenn es nach dem Willen der Stadtverordneten geht, soll die Beteiligung der Bürger auch an politischen Entscheidungsprozessen intensiviert werden. Geplant sind Onlinekonsultationen sowie die Einbindung in die Haushaltspolitik, etwa in Form eines Bürgerhaushalts.

Angestoßen wurde die Diskussion von der Wahlalternative Maintal (WAM), die zwei entsprechende Anträge formuliert hatte. Der Fraktion um Jörg Schuschkow schwebt eine Onlinekonsultation der Bürger für Stadtentwicklungsvorhaben vor. Dadurch sollen die Kompetenz der Bürger in geplante Projekte einfließen und diese damit gleichzeitig breite Zustimmung finden. Diesen Gedanke griffen die Parlamentarier gerne auf, strebten jedoch eine Konkretisierung des Vorhabens an, zumal es in Maintal bereits verschiedene Formen gibt, um Bürger in Stadtentwicklungsplanungen einzubeziehen.

Ellen Tappert (CDU) verwies in diesem Kontext auf das „Maintal-Forum“ im Internet, Informationsveranstaltungen im Vorfeld von Bauvorhaben und den Stadtleitbild-Prozess. Auch Dr. Dieter Fritz (FDP) warnte: „Die Bürgerbeteiligung ist ein zartes Pflänzchen in Maintal. Bevor man viel pflanzt und mit der Pflege nicht nachkommt, sollte man weniger pflanzen, aber intensiver pflegen“, zeigte er die Gefahr auf, sich in der Vielfalt an Beteiligungsformen zu verlieren. Daher folgten die Stadtverordneten mehrheitlich einem Vorschlag der Grünen, exemplarisch ein Projekt aufzugreifen. Der Magistrat ist nun gefordert, zu prüfen, ob eine Beteiligung durch Onlinekonsultationen für einen der bestehenden Beteiligungsprozesse möglich ist und er soll die Kosten ermitteln. Bis spätestens September 2011 soll ein Erfahrungsbericht vorliegen.

Auch in Sachen Haushaltspolitik sollen die Maintaler künftig ein Wörtchen mitreden können. Auch hier gab die WAM mit dem Vorschlag eines Bürgerhaushalts den entscheidenden Anstoß und traf auf das Wohlwollen der übrigen im Parlament vertretenen Fraktionen. „In Zeiten knapper Kassen ist es gut, wenn die Bürger mitbestimmen dürfen. Das schafft Vertrauen“,

begrüßte Dr. Peter Ravasz (CDU) den Vorstoß. Auch Dr. Dieter Fritz sah durch die Mitsprache der Bürger eine höhere Transparenz bei städtischen Entscheidungsprozessen sowie ein stärkeres Verständnis gegeben und Karl-Heinz-Kaiser (SPD) hoffte auf den viel zitierten Blick über den Tellerand hinaus. Letztlich war es nicht das von der WAM ursprünglich vorgeschlagene Konzept des Bürgerhaushalts, für das sich die Stadtverordneten einstimmig aussprachen. Vielmehr sollen verschiedene existierende Modelle der Bürgerbeteiligung in haushaltspolitischen Fragen betrachtet und ein entsprechendes Modell für Maintal vorgeschlagen werden.

Selten stand eine Maintaler Stadtverordnetenversammlung so sehr im Zeichen der Bürgerbeteiligung wie am vergangenen Montagabend. Die Einbeziehung in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse wie den städtischen Haushalt ist nur ein Beispiel. Auch mit der Zustimmung zum Radfahren gegen die Einbahnstraße trugen die Stadtverordneten der Arbeit innerhalb des Stadtleitbild-Prozesses Rechnung. Schließlich wäre eine neuerliche Ablehnung für die Gruppe „Rad- und fußgängerfreundliches Maintal“ ein Affront gewesen, den man vermeiden wollte.